# Stadt Bergisch Gladbach

т.	T)	• 4	•
1)10	Bürgern	1 <i>e</i> 191 <i>e</i>	rın
DIC	Duiguin		/I III

Ausschussbetreuender Fachbereich	Datum 10.04.2000
Finanzen	10.04.2000
	Schriftführer Telefon-Nr. <b>02202/14-2607</b>
	Herr Büchel
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am 04.04.2000
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	17:05 Uhr – 19:15 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
	18:12 Uhr – 18:16 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	<u></u>
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	
Imat	

# A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 24.02.2000 (Öffentlicher Teil)
- 3. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 24.02.2000 gefaßten Beschlüsse (Öffentlicher Teil) 179/2000
- 4. Mitteilung des Vorsitzenden

# 5. Mitteilung der Bürgermeisterin

6. Hundesteuer

hier: Erhöhte Steuer für Kampfhunde

174/2000

- 7. Vereinbarungen im Rahmen der Übertragung der Alten Feuerwache aus dem Sondervermögen der Städtischen Feuerwehr auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung 183/2000
- 8. Evang. Grundschule Gartenstraße, Fenstersanierung 176/2000
- 9. Sanierungskonzept Gemeinschaftsgrundschule Paffrath 181/2000
- 10. Sanierungskonzept Bürgerhaus Bergischer Löwe 182/2000
- 11. Stadtbücherei im Forum

hier: Nutzung durch Behinderte

188/2000

- 12. Bennennung eines Wirtschaftsprüfers für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" für das Jahr 1999 nach § 5 Abs. 5 Eigenbetriebsverordnung (EigVO) 189/2000
- 13. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 1999 178/2000
- 14. Anfragen der Ausschussmitglieder

#### **Protokollierung**

# A Öffentlicher Teil

1 <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</u>

Der Ausschußvorsitzende eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlußfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.

2 <u>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und</u> <u>Liegenschaftsausschusses am 24.02.2000 (Öffentlicher Teil)</u>

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 24.02.2000 gefaßten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilung des Vorsitzenden

Keine

# 5 <u>Mitteilung der Bürgermeisterin</u>

Herr Kotulla teilt mit, daß der Vorsitzende der KIDitiative, Herr Blask, am vergangenen Freitag sein erstes juristisches Staatsexamen mit Prädikat bestanden hat. Hierzu gratuliert er ihm im Namen der Verwaltung.

Die Ausschußmitglieder schließen sich diesen Wünschen an.

### 6 Hundesteuer

hier: Erhöhte Steuer für Kampfhunde

Herr Waldschmidt kann die Auffassung der Verwaltung nicht teilen. Er sieht durch die

Kampfhunde eine erhebliche objektive Gefahr für die Bevölkerung, da von einem großen Teil der betroffenen Hundehalter diese Tiere als "Waffe" benutzt werden. Für die SPD-Fraktion bedeutet jeder Kampfhund weniger in Bergisch Gladbach mehr Sicherheit für die Bürger dieser Stadt.

Auch sieht er nicht den erheblichen Verwaltungsaufwand wie in der Vorlage dargestellt. Die Feststellung der Hunderasse könne im Rahmen der nächsten Steuererhebung erfolgen. Auch könne das Veterinäramt des Kreises in Zweifelsfällen angehört werden.

Er beantragt daher, die Verwaltung zu beauftragen, die Hundesteuersatzung zu überarbeiten und eine erhöhte Steuer für Kampfhunde festzusetzen, und diesen Entwurf in einer der nächsten Sitzungen des Finanz- und Liegenschaftsauschusses zur Beschlußfassung vorzulegen.

Herr Haasbach teilt mit, daß die CDU-Fraktion erst einmal die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes abwarten möchte. Danach sollte die Problematik nochmals aufgearbeitet werden, um dann eine Entscheidung treffen zu können.

Herr Ziffus schließt sich den Vorredner an. Er spricht sich für die Einführung einer solchen Steuer aus und wünscht daher eine ergänzende Vorlag bis zur nächsten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses.

### Der Ausschuß faßt somit folgenden Beschluß:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### Beschluß:

Der Ausschuß beauftragt die Verwaltung, nach Vorliegen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes die städtische Hundesteuersatzung im Hinblick auf Kampfhunde zu überarbeiten und in einer der nächsten Sitzungen dem Finanz- und Liegenschaftsausschuß zur Beschlußfassung vorzulegen.

7 <u>Vereinbarungen im Rahmen der Übertragung der Alten Feuerwache aus dem Sondervermögen der Städtischen Feuerwehr auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung</u>

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

# Beschlußvorschlag:

Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Vereinbarungen wird zugestimmt.

# 8 Evang. Grundschule Gartenstraße, Fenstersanierung

Herr Ziffus verweist auf die Zentrenstudie, wonach an dem Standort der Grundschule

Gartenstraße ein großflächiger SB-Markt vorgesehen ist. Er bittet die Verwaltung um Stellungnahme hierzu.

Frau Müller-Veit erklärt, daß nach dem beschlossenen Schulentwicklungsplan dieser Standort auf Dauer notwendig ist, obwohl die Schülerzahlen geringfügig zurückgehen. Im übrigen sei die Zentrenstudie noch nicht abschließend beraten. Unabhängig hiervon ist der Zustand der Fenster in der Grundschule Gartenstraße so schlecht, daß ein Aufschub der Sanierung nicht vertretbar ist.

Sodann wird folgender Beschluß gefaßt:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### Beschluß:

Der Sanierung der Fensteranlagen wird – vorbehaltlich Sicherstellung der Finanzierung – zugestimmt.

# 9 <u>Sanierungskonzept Gemeinschaftsgrundschule Paffrath</u>

Herr Freese sieht bei dieser Schule Handlungsbedarf, aber im Hinblick auf die enormen Sanierungskosten stellt sich für die SPD-Fraktion die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, diese Schule zu sanieren oder ein neues Gebäude zu errichten.

Auch Herr Ziffus sieht die Notwendigkeit einer Sanierung. Er regt aber an, im Zusammenhang mit der Erneuerung des Daches eine Solaranlage zu installieren, die entsprechend förderungsfähig wäre. Bei der Sanierung der Heizungsanlage gibt er zu überlegen, ob es nicht hier durch die Förderung des Landes eine Kraftwärmekoppellungsanlage (z. B. Mini-Blockheizkraftwerk) eingebaut werden kann.

Herr Haasbach befürwortet ebenfalls die Sanierung dieser Schule, fragt aber an, ob diese Schule, da sie eine neue Heizungsanlage erhalten soll, nicht in das Contract-Management mit einbezogen werden kann.

Herr Dr. Fischer wird diesem Beschlußvorschlag auch zustimmen, kann einem Einbau einer Solaranlage nur dann zustimmen, wenn sie für die Stadt kostenlos ist. Auch er hält die Prüfung eines Anlagen-Contracting -auch für andere Gebäude- für sinnvoll.

Auf die Frage von Herrn Freese antwortet Frau Müller-Veit, daß ein Neubau einer solch großen Schule ca. 20 Mio. DM kosten würde, wofür die Stadt aber keine 30 %ige Förderung erhalten würde, da diese Schule sanierungsfähig ist. Somit kann die Wirtschaftlichkeit eindeutig bei der Sanierung gesehen werden. Zum Thema Contracting bemerkt sie, daß man sich daraufhin verständigt hat, zunächst bei einer ausgewählten Anzahl von städtischen Gebäuden, wozu diese Grundschule nicht gehört, das Contracting zu erproben.

Ergänzend hierzu erläutert Frau Gimbel, zuerst den Bestand durch energiesparende Maßnahmen (hier: Wärmedämmung) zu verbessern und erst dann Solar- oder andere

alternative Energieanlagen einzubauen. Für eine Schule ist ein Blockheizkraftwerk nicht geeignet, da zu unregelmäßigen Zeitpunkten die Energie abgenommen wird.

Herr Ziffus verweist auf die neue Kalkulation, da das seit dem 01.04.2000 geltende EEG diese finanzielle Kalkulation auf eine andere Grundlage stellt. Er bittet daher um eine schriftliche Beurteilung dieser Kalkulation durch die Verwaltung.

Frau Müller-Veit sichert ihm eine solche Stellungnahme zu.

### Der Ausschuß faßt sodann folgenden Beschluß:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### Beschluß:

Der abschnittsweisen Sanierung der Gemeinschaftsgrundschule Paffrath wird - vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung- zugestimmt.

### 10 Sanierungskonzept Bürgerhaus Bergischer Löwe

Auf eine Frage von Herrn Dr. Kassner antwortet Frau Müller-Veit, daß der Architekt oder seine Erbenden per Gesetz ein Urheberrecht bis 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers besitzen.

Zum Thema Energie verweist Herr Ziffus auf seine Ausführungen zu TOP A 9 – Sanierungskonzept Gemeinschaftsgrundschule Paffrath-. Weiterhin regt er an, im Inneren des Gebäudes weitere Versorgungs- und Entsorgungsmöglichkeiten vorzusehen.

Herr Dr. Fischer fragt, inwieweit bei der Ausschreibung solcher Sanierungsmaßnahmen Anregungen und Ideen von außen berücksichtigt werden.

Hierauf erwidert Frau Müller-Veit, daß aufgrund der Bindung an die VOB diese außer acht gelassen werden müssen. Nach VOB ist eine Leistung eindeutig zu beschreiben. Alternativen können berücksichtigt werden, wenn diese dem Hauptangebot beigefügt und zulässig sind.

Auf eine Frage von Herrn Albrecht antwortet sie, daß der Bergische Löwe im Contracting-Paket nicht enthalten ist.

Herr Freese befürwortet das vorliegende Sanierungskonzept.

Wie Herr Ziffus sieht auch Herr Müller im Innern des Gebäudes erhebliche Mängel in der Funktionsfähigkeit. Er möchte wissen, wie dies bei der Sanierung berücksichtigt werden soll.

Nachdem Frau Müller-Veit eine mit dem Betreiber abgestimmte Prüfung der verbesserten Funktionalität zugesichert hat, faßt der Ausschuß folgenden Beschluß:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### Beschluß:

Der abschnittsweisen Sanierung des Bürgerhauses Bergischer Löwe wird – vorbehaltlich der Finanzierung – zugestimmt.

# 11 <u>Stadtbücherei im Forum</u> hier: Nutzung durch Behinderte

Herr Freese verweist auf einen Beschluß des damaligen Fachausschusses zum Bau dieses Aufzuges. Die SPD-Fraktion macht deutlich, daß nicht nur behinderte Menschen sondern auch ältere gehbehinderte Menschen und Personen mit Kinderwagen diese Einrichtung nicht besuchen können. In ihren Augen erhalten diese Personen eine andere Behandlung wie die übrigen Besucher. Dies ist nicht zu akzeptieren. Durch die Bindung von Personal für die vorgeschlagene Vorgehensweise entstehen auch Kosten. Herr Freese ist daher der Auffassung, diese Mitteilungsvorlage so nicht zur Kenntnis zu nehmen, sondern er beantragt, daß dieser alte Beschluß ausgeführt wird.

Herr Ziffus verweist auf eine gleichlautende Diskussion beim damaligen Bau des Jugendzentrums in Bensberg. Der dann erfolgte Nichteinbau eines Aufbaus hat zur Folge, daß viele behinderte Jugendliche dieses Zentrum nicht besuchen können. Wie Herr Freese verweist auch er auf den gefaßten Beschluß.

Herr Müller erinnert daran, daß der angesprochene Beschluß immer in Verbindung mit dem Bau der Fußgängerbrücke über die Schnabelsmühle gesehen wurde. Da die Überquerung derzeit nicht aktuell ist, ist für die CDU-Fraktion dieser Beschluß zu Zeit auch nicht umzusetzen.

Herr Blask macht deutlich, daß auch die KIDitiative den Einbau eines behindertengerechten Aufzuges befürwortet.

Die Verwaltung legt dem Ausschuß nochmals die Gründe dar, weshalb sie vorschlägt, den behindertengerechten Aufzug nicht zu bauen. Hier spielt nicht nur der finanzielle Unterschied von ca. 200.000 DM eine Rolle, sondern durch den Einbau eines Aufzuges wird in die Funktionalität des Gebäudes erheblich eingegriffen. Wenn Rollstuhlfahrer in den Bereich der Ausleihe gelangen sollten, müßten auch breitere Gänge etc. geschaffen werden. Dies hat zur Folge, daß eine geringere Anzahl von Medien zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Dr. Fischer schlägt vor, erst mal entsprechend in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Weise zu verfahren. Bei Vorliegen von entsprechenden Erfahrungswerten könne zu einem späteren Zeitpunkt der Bau eines Aufzuges

nochmals diskutiert werden.

Im Anschluß an diese Diskussion wird über den Antrag der SPD-Fraktion auf Umsetzung des alten Beschlusses abgestimmt, welcher mehrheitlich (9 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 6 Ja-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDititative) abgelehnt wird.

Im übrigen besteht im Ausschuß Einvernehmen darüber, erst mal die Erfahrungen mit dem vorgeschlagenen Umbau zu sammeln und zu einem späteren Zeitpunkt hierüber zu berichten.

# 12 Bennennung eines Wirtschaftsprüfers für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" für das Jahr 1999 nach § 5 Abs. 5 Eigenbetriebsverordnung (EigVO)

Herr Waldschmidt vermißt Alternativvorschläge für die Bestellung des Wirtschaftsprüfers. Bei der Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluß 2000 sollte dies aber frühzeitig berücksichtigt werden.

Herr Ziffus schlägt vor, den Wirtschaftsprüfer alle 2-3 Jahre zu wechseln bzw. Alternativen vorzulegen.

Herr Martmann ist grundsätzlich der gleichen Auffassung wie die Herren Waldschmidt und Ziffus, begründet aber die Entscheidung für den vorgeschlagenen Wirtschaftsprüfer. Er hält es für praktikabel, diesen Wirtschaftsprüfer für die ersten Jahre mit der Prüfung des Jahresabschlusses zu beauftragen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß bei einem Wechsel des Prüfers auch höhere Kosten auf den Betrieb zukommen würden..

Herr Kotulla ergänzt, daß zwar das gleiche Büro beauftragt wird, aber der Wirtschaftsprüfer selber nicht immer der gleiche ist.

Im Ausschuß besteht Einvernehmen darüber, wie oben geschildert zu verfahren, und es wird folgender Beschluß gefaßt:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### Beschluß:

Als Prüfer für den Jahresabschluß 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" gemäß § 5 Abs. 5 Eigenbetriebsverordnung wird die Sozietät "Dr. Riepen, Dr. Leyh, Dr. Kossow, Dr. Ott & Kollegen", Zollstockgürtel 9 – 11, 50969 Köln, benannt.

# 13 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 1999

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

14

# Anfragen der Ausschußmitglieder

# Herr Ziffus:

Hält die Verwaltung es im Rahmen des Stadtbus-Systems für sinnvoll, daß die RVK auf der Linie 420 zwischen Bergisch Gladbach und Bensberg einen Bus (amtl. Kennzeichen GL-BR 60) einsetzt, wo die Sitze auf Stufen stehen? Dies sei für behinderte und ältere Leute sehr beschwerlich und gefährlich.

Herr Freese bittet um Unterbrechung der Sitzung für 3 – 5 Minuten.

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Ausschußvorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung und unterbricht die Sitzung von 18:12 Uhr bis 18:16 Uhr.

Gesehen: Verwaltungsvorstand II gez. Kotulla

Fachbereich 2 gez. Steinbach

Fachbereich 6 gez. Müller-Veit

# **Teilnehmerliste**

# **Anwesend sind**

Vorsitzend	اما	(r)	
V OI SITZCIIC		( <b>1</b> )	

Herr Orth –SPD-

# Mitglied -CDU-

Herr Albrecht

Herr Binding

Herr Hagen (ab TOP B 1; 18:12 Uhr)

Herr Haasbach

Herr Müller (bis TOP A 14; 18.12 Uhr)

Herr Sacher Frau Schu

Frau Wörsdörfer

# Mitglied -SPD-

Herr Freese

Herr Hoffstadt

Herr Waldschmidt

### Mitglied -F.D.P.-

Herr Dr. Fischer (ab TOP A 9; 17:15 Uhr)

# Mitglied - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-

Herr Ziffus

# Mitglied -KIDitiative-

Herr Blask